

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Weite) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Belegfertigung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontokonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegebühr für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 83.

Donnerstag, den 15. Juli 1926.

19 Jahrgang.

So manche Stufe, mancher Schritt
führt erst zum Glück.
Ein einziger verfehlter Tritts
bringt dich zurück.

Angst oder Schikane?

Die Note des Generals Walch, oder besser des Reichskommissars für die Entwaffnung, General-Comandant von Pamelis, der dem Reichstanzler unterzeichnet, die wir inmitten unseres beikaufigen Lebens betraue vergehen hätten: Die N. M. R. K. Kommission ist eine jener Lieberreste des Geistes Reiches. Fast hätte man das vergessen, aber die Kommission, der es anstehend in Deutschland recht gut geht, und die offenbar am liebsten ewiglich ab und zu befragen möchte, muß natürlich ab und zu befragen, daß sie „Arbeit“ hat und dies weiß sie nach, indem sie durch annähernde Noten die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes auf sich zieht. Ob dies für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund angebracht erscheint, darüber mag man in Genf nachdenken. Es scheint betraue, als ob diese Kommission unter Ausnutzung der Regierungsgewaltigkeiten in Frankreich neue Konfliktlinien und neues Mißtrauen zwischen Deutschland und Frankreich sät. Selbst in England ist man über den Ton der Note sehr unzufrieden, während die Pariser Presse sich jeden Kommentars enthält.

Angst oder Schikane? Wenn das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich vor dem gänzlich abgerüsteten und verarmten Deutschland Angst haben wollte, d. h. wenn man etwa in märchenhaften Munitionslagern, von der die Walch-Note redet, eine Gefahr für Frankreich erblicken wollte, so würde sich die Kontrollkommission doch furchtbar lächerlich machen. Also Schikane. Eins von beiden kann ja nur sein. Nicht anders kann denn auch diese Note aufgefaßt werden. Die Reichsregierung hat sich zu den Forderungen der Note, die sich bekanntlich auch auf die Stellung des Generalobersten Seekt beziehen, noch nicht äußert. Im Reichswehrministerium wurden die Anordnungen Walchs besprochen, wobei beschlossen wurde, gegen Wunsche des Generals von Seekt von einer Entlassungnahme noch abzuwarten.

Das Material, das die Grundlage der Schikane bildet, ist künstlich konstruiert worden und entbehrt jeder Wahrscheinlichkeit. Der Protest gegen geheime Verhandlungen Deutschlands, — denn im Grunde genommen ist dies doch der Angelpunkt der Note — wirkt umso wunderbarer und lächerlicher, als unlängst die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf ein für Frankreich Friedensauflassung so typisches Ende genommen hat. Diese Konferenz hat überall den Eindruck erweckt, daß von Seiten der führenden Entente-mächte mit allen Mitteln daran gearbeitet wird, die eigene Waffenvermehrung zu sichern und die Verfassung der übrigen geschwächten Völker der Erde zu vollenden. Darum mußte nun etwas gefunden werden, um die öffentliche Meinung der Welt wieder mit bestellten Lügen gegen Deutschland aufzubauern.

Aber nicht nur in dem Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen sind die Gründe für die neuen Ententebeschwerden zu erblicken, die Ursachen hierfür ergeben sich auch aus der Neuregelung der Abrüstungskontrolle, die bekanntlich von Genf aus vorbereitet wird. Deutschland würde ja, sobald es seinen Eintritt in den Völkerverbund vollzogen hat, nach den bestehenden Bestimmungen der internationalen Abrüstungskontrolle teilhaftig werden. Wir müßten statt einer ständigen Überwachungskommission, der neben den Entente-mächten noch zwei selbständige Kontrollen einer Abrüstungskommission, in der neben den Entente-mächten vier andere vertreten sein würden, gewärtig sein. Solange diese Pläne der französischen Abrüstungskontrolle eine Sicherung zugesichert werden.

Der Reichsrat in Ostpreußen.

Die Begrüßung in Königsberg.
Die Mitglieder des Reichsrates trafen am Dienstag auf ihrer Ostpreußenfahrt in Königsberg ein. Sie wurden im Namen der städtischen Körperschaften vom Bürgermeister Dr. Goerdeler begrüßt, der mit einem kurzen Vortrage das geschichtliche und städtebauliche Werden der Provinzialhauptstadt erläuterte.

Er wies besonders darauf hin, welche außerordentlich nachteilige Folgen die Grenzziehung im Osten auf die Entwicklung des Königsberger Handels gehabt habe. Dr. Goerdeler erwähnte dann die Notwendigkeit einer Hilfeleistung für Ostpreußen und Königsberg. Bei der Gestaltung der Eisenbahn- und Wasserfrachttarife und beim Finanzausgleich müsse auf die besondere Lage Ostpreußens Rücksicht genommen werden.

Bei einer Rundfahrt hatten dann die Gäste Gelegenheit, die Verhältnisse des Königsberger Hafens kennen zu lernen. Am Dienstagabend hatte der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen zu einem Bierabend eingeladen, an dem außer den Reichsratsmitgliedern zahlreiche führende Persönlichkeiten des ostpreußischen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens teilnahmen. Landeshauptmann von Brunnstedt begrüßte die Vertreter des Reichsrates mit herzlichsten Worten. Ihm dankte im Namen der Reichsratsmitglieder der Vertreter Braunschweigs, Eggelenz Woden. Er gab die Versicherung ab, daß die Reichsratsmitglieder, die nach Ostpreußen gekommen seien, den besten Willen hätten, der abgegrenzten Provinz nach besten Kräften zu helfen. Der Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen, Dr. Brandes, gab eine Uebersicht über

die Wirtschaftslage Ostpreußens.

Trotzdem für Ostpreußen an und für sich die Vorbereitungen für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung gegeben seien, werde durch die Ungunst der klimatischen Verhältnisse und durch die weiten Entfernungen von den Hauptabgabebereichen dieser Vorteile zunichte gemacht. Die Vortrennung der ehemals preussischen Provinzen Westpreußen und Posen, die neue Staatenbildung im Osten und die Schaffung des sogenannten polnischen Korridors habe ein Uebiges getan, um die Schwierigkeiten, mit denen die ostpreussische Wirtschaft zu kämpfen habe, noch zu vergrößern. Trotz dieser Ungunst der Verhältnisse habe Ostpreußen den festen Willen, sich zu behaupten. Es müsse aber auch die dringendste Hilfe von Staat und Reich erhalten.

Am Mittwoch wurde die Reise nach der Kurischen Nehrung und weiter nach Ditsch fortgesetzt.

Churchill erklärt.

Das Schuldenabkommen mit Frankreich im Unterhaus.

Im britischen Unterhaus äußerte sich Schatzkanzler Churchill über das Abkommen mit dem französischen Finanzminister Caillaux. England habe darin an dem Gesichtspunkt festgehalten, daß Frankreichs Leistungen ausschließlich auf Frankreichs eigener Kraft beruhen müßten, aber die englische Regierung habe sich doch bereit erklärt, in einem Briefwechsel festzulegen, daß, wenn Deutschlands Zahlungen nachlassen sollten, das Abkommen revidiert werden sollte.

Die sogenannte Sicherheitsklausel sei stets der tote Punkt der Verhandlungen gewesen und damit sei er überunden. Hinsichtlich des Zahlungsrahmens erklärte Churchill: für dieses Jahr 4 Millionen Pfund, dann 6 Millionen usw. Im Jahre 1930 sollen dann zum erstenmal 12½ Millionen Pfund bezahlt werden. Diese Rate soll bestehen bleiben bis 1950 und dann sollen auf weitere 31 Jahre 14 Millionen Pfund bezahlt werden. Diese Festsetzung ist gleichbedeutend mit einer

Herabsetzung der französischen Englandsschuld auf 60 Prozent.

Churchill erklärte sodann auf verschiedene Anfragen aus dem Hause, daß keine Möglichkeit offenlassen sei, Deutschland an Frankreichs Stelle als Schuldner einzuschließen. Stets bleibe Frankreich England gegenüber haftbar.

Nach der Darstellung Churchills hat Caillaux drei Siege davongetragen, und zwar hinsichtlich der Sicherheitsklausel, der Uebersetzung der Zahlung und der Auslösung der französischen Golddepots.

Polens Verfassungsnoté.

Ein Kompromiß gefunden.

In Warschau haben jedoch die Beratungen des Sejms über die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zugehört. Der Verfassungsausschuß des Sejms hatte in Kompromiß zwischen Regierungsvorlage und Entwurf der Reichtsparteien angenommen. Gestern wurde die darin beschlossene Fassung der Verfassungswahl protokolliert. Abgeordnete der rechten Fraktion.

In diesem Kompromiß wird das Recht des Präsidenten, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, auf die Zeit beschränkt, wo der Sejm aufgelöst ist. Der Staatspräsident kann den Sejm zu jeder Zeit aus eigenem Ermessen zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Auf den Wunsch von einem Drittel der Abgeordneten muß er dies binnen zwei Wochen tun. Die Vertagung erfordert das Einverständnis des Sejms, wenn dies mehrere Male in derselben Sitzungsperiode geschieht, oder wenn die Unterbrechung länger als 30 Tage dauern soll.

Der polnische Ministerrat beschloß hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die nötigen Schritte erst zu unternehmen, wenn die Regierung die erforderliche Bewegungsfreiheit besitzt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. Juli 1926.

— Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoeft, hatte eine Unterredung mit Briand über Fragen des besetzten Gebietes.

Der Ausschuß des Preussischen Landtags wird auf Einladung des Oberpräsidenten und des Provinzialausschusses der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen vom 19. bis 23. Juli unter Führung des demokratischen Abgeordneten Nettel die Grenzmark bereisen. Die Bereisung beginnt in Fraustadt und führt über Meieritz-Deutsch-Krone, Schneidemühl, Schönlank, Pilschne und Flatow nach Schlochau. In der Reise nehmen auch die zuständigen Ministerialdirektoren und die Ministerialräte der einzelnen Reichs- und Staatsministerien teil.

Proteste gegen das „Potemkin“-Verbot. Die „Prometheus“-Gesellschaft, die den Vertrieb des jetzt verbotenen Potemkin-Films hat, soll gegen den Spruch der Berliner Filmoberprüfstelle beim Reichsinnenministerium Protest erhoben haben. Es besteht jedoch keine Aussicht, den Spruch zu ändern. Es besteht lediglich die Möglichkeit, daß die in Frage kommende Filmgesellschaft eine Umarbeitung des Films vornimmt worauf dann ein völlig neues Verfahren eingeleitet werden würde. Die Filmoberprüfstelle würde sich mit dem Potemkin-Film zum zweiten Male nur dann befassen, wenn gegen die Entscheidung der ersten Instanz der Filmprüfstelle, Beschwerde eingelegt worden ist.

Die Rheinlandsfahrt des Reichskanzlers. Reichskanzler Dr. Marx traf nach dem Besuch von Düsseldorf im Kreise Mörs ein, wo er die Wünsche der dortigen Vertreter anhörte. Er antwortete darauf, daß die Reichsregierung es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben aufzufasse, die Interessen der besetzten westlichen Gebiete zu wahren, daß man dabei aber stets an das große Ganze denken müsse.

Rundschau im Auslande.

In der Brüsseler Kammer erklärte Ministerpräsident Dospar zum Gegenstand über die Vollmachten des Königs, daß das Interpellationsrecht des Parlaments bestehen bleibt und keine neuen Steuern in Frage kämen.

Partier Blätter berichten, daß in der französisch-amerikanischen Schuldfrage eine Einigung über die strittigen Fragen durch Briefwechsel herbeigeführt werden soll.

Am Hafen von Ostia ließ sich Mussolini eine große Flottenparade vorführen. Es waren etwa 50 Einheiten, die desfilierten, darunter große Schachtschiffe.

„Geistige Zusammenarbeit.“

Am 26. Juli versammelte sich in Genf die Völkerverbundkommission für geistige Zusammenarbeit. Heute schon beginnt die Ausschüsse zu tragen. Am 3. August wird das Sachverständigenkomitee für den Jugendunterricht über Welt und Ziele des Völkerverbundes zu einer Tagung in Genf zusammengetreten. Das Komitee wird die Möglichkeit der Ausarbeitung eines Schulbuchs über den Völkerverbund durch Pädagogen prüfen.

